

aber des Staats- und Wirtschaftsapparates. Sie forderte von allen Funktionären der Partei, sich ernsthaft um die Sorgen und Nöte der Werktätigen zu kümmern und streng auf die Einhaltung der Gesetzlichkeit zu achten. Die Partei verlangte die Durchsetzung des leninistischen Prinzips der Kollektivität der Leitungen und hob hervor, daß in der „Kollektivität der Parteiführung die sicherste Garantie für die Vermeidung von Fehlern und für eine richtige und beständige Führung liegt“.

*

Der IV. Parteitag (30. März bis 6. April 1954) wies der Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volk den Weg zur Lösung der Lebensfrage der deutschen Nation. Darin besteht seine geschichtliche Bedeutung. In der Entschließung des Parteitags wurde eindringlich hervorgehoben, daß das deutsche Volk vor den schwersten Entscheidungen seiner jüngsten Geschichte steht, daß es dieser Entscheidung nicht ausweichen kann und wählen muß zwischen der Unterwerfung unter die USA und dem Krieg oder der Unabhängigkeit Deutschlands und dem Frieden. Das Parteitagsdokument betonte, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur auf demokratischer Grundlage, auf dem Wege der Verständigung der Deutschen untereinander möglich ist, und nur dann, wenn die Pariser und Bonner Verträge, als das Haupthindernis für den Frieden und die Einheit Deutschlands, hinweggefegt werden.

Der IV. Parteitag beschloß das abgeänderte Parteistatut. Es brachte wichtige Veränderungen und Zusätze im Hinblick auf die organisatorische Struktur der Partei und das innerparteiliche Leben. Es war die Widerspiegelung der erhöhten Verantwortung der Partei. Die Lösung der vom Parteitag gestellten Aufgaben verlangte eine höhere Form der politischen Organisation und neue Arbeitsmethoden, eine noch größere Kollektivität der Leitung, eine höhere Verantwortlichkeit und eine stärkere Aktivität der Mitglieder. Im Parteistatut wurden solche wichtigen Abschnitte wie die „Partei und FDJ“ — „Die Parteiorganisationen in der Kasernierten Volkspolizei und im Verkehrswesen“ neu aufgenommen. Auch das widerspiegelte die großen gesellschaftlichen Veränderungen im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und war ein Ausdruck dafür, daß die Partei mit großem Ernst und hoher Verantwortung an die Lösung ihrer Aufgaben ging.

Die 21., 23. und 24. Tagung des ZK der SED zog aus den Erfahrungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des IV. Parteitages in kollektiver Beratung wichtige Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit der Partei. Mit der Orientierung auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben begann ein breites Studium der marxistischen politischen Ökonomie, und die Parteiorganisationen lernten besser, die Werktätigen zu weiteren wirtschaftlichen Erfolgen in der Produktion zu führen. Scharf wurde kritisiert, daß die im Übergang zum Sozialismus wirkenden ökonomischen Gesetze oft verletzt wurden. Von der Partei wurde gefordert, die größten Anstrengungen zu machen, um die Erkenntnisse der fortgeschrittensten Wissenschaft zu verbreitern und selbst im höchsten Maße die Wissenschaft und Technik zu meistern. Besonders das 23. Plenum verlangte eine entschiedene Verstärkung der politischen Aufklärungsarbeit auf dem Lande.

Von größter Bedeutung war das 25. Plenum des ZK (24. bis 27. Oktober 1955), das der Vorbereitung der 3. Parteikonferenz diente. Dieses Plenum hob hervor, daß durch die Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge und die damit verbundene Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikpakt eine neue